



Presseschau vom 24.08.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Susan Bonath: COVID-19-Impfungen: Mehr als doppelt so viele Nebenwirkungen gemeldet wie in den letzten 20 Jahren

Noch nie meldeten Betroffene und Ärzte so viele Nebenwirkungen und Sterbefälle wie im Zuge der COVID-19-Impfungen. Das zeigt ein Vergleich aktueller Daten mit denen der vergangenen 21 Jahre. Unter den bis Ende Juli erfassten Toten ist inzwischen auch ein 15-Jähriger. ...

<https://kurz.rt.com/2mw0>

de.rt.com: "Welt" zitiert Russlands Botschafter zur Krim-Plattform, lässt völkerrechtlich Relevantes aus

Die "Welt" hat eine Erklärung des russischen Botschafters in Deutschland zur sogenannten "Krim-Plattform" und dem Status der südrussischen Schwarzmeer-Halbinsel angeführt – und dabei einige Auslassungen vorgenommen, die nach Ansicht von RT nicht sauber sind. ...

<https://kurz.rt.com/2mvd>

snanews.de: Umfrage: Die Deutschen fühlen sich weniger frei – auch bei Meinungsäußerung

Nur noch 36 Prozent der Bundesbürger fühlen sich in ihrer Heimat frei. Dies ist laut der frischen „Freiheitsindex“-Studie der niedrigste Stand seit 2005. Hinsichtlich der

Meinungsfreiheit sehen sich die Deutschen immer mehr eingeschränkt. Paradoxerweise solidarisierten sich zugleich mehr Bürgerinnen und Bürger mit dem Staat. ...

<https://snanews.de/20210824/deutsche-fuehlen-sich-weniger-frei-3345917.html>

abends/nachts:

de.rt.com: Kiew: "Krim-Plattform" als Startschuss für die "Deokkupation" der Krim eröffnet

In Kiew hat das Gipfeltreffen der Krim-Plattform begonnen, zu dem Vertreter aus 46 Ländern angereist sind. Sie soll den Prozess der "Deokkupation" durch "Synergie" der Teilnehmerstaaten beschleunigen. Von deutscher Seite nimmt am Forum der Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier teil.

Am Montag ist in Kiew die sogenannte "Krim-Plattform" eröffnet worden. Das ist ein neues internationales diplomatisches Format – einzig zum Zweck der "Rückholung der Krim" in die Ukraine –, an dem laut ukrainischen Angaben Vertreter aus 46 Ländern und internationalen Organisationen teilnehmen, darunter 12 Präsidenten oder Premierminister.

Von nun an laufe der "Countdown für die Deokkupation" der Schwarzmeer-Halbinsel, sagte der ukrainische Präsident Selenskij in seiner Eröffnungsrede vor Plattform-Teilnehmern. Aus ukrainischer Sicht hatte Russland das Gebiet 2014 infolge einer militärischen Invasion okkupiert. Als Annexion bewerten auch die UNO, die Europäische Union (EU) und die OSZE den Beitritt der Krim zur Russischen Föderation.

Selenskij sagte, dass die Krim-Frage zum ersten Mal seit der angeblichen Besetzung der Halbinsel auf ein so hohes Niveau gebracht wurde. "Die Krim war ein Garant für internationale Stabilität, und jetzt ist sie ein Pulverfass", meinte er. Er sagte, Russland habe seine militärische Präsenz auf der Halbinsel verdreifacht. Selenskij warf Russland "erzwungene demografische Veränderungen" und "Kriegspropaganda in Schulen" vor. Die Ukraine werde alle rechtlichen, politischen und vor allem diplomatischen Mittel einsetzen, um die Krim zurückzuholen, betonte er. Als einen dieser Wege nannte er das sogenannte Stammvölker-Gesetz, das insbesondere auch die Rechte der Krimtataren in der Ukraine stärkt.

"Aber bis jetzt haben wir die Krim leider nicht in die Ukraine zurückgeholt", erklärte der Präsident und sagte, dass kein weiterer Tag verschwendet werden dürfe. "Die Synergie unserer Bemühungen sollte Russland an den Verhandlungstisch zwingen", umriss Selenskij das Ziel dieses Gipfeltreffens.

Ein spezielles Büro in Kiew wird die Arbeit der Plattform koordinieren. "Heute, am 23. August, beginnt der Countdown für die Befreiung unserer Halbinsel. Die Besetzung begann in Moskau und wird in Kiew enden", so der Präsident abschließend. EU-Ratspräsident Charles Michel sagte:

"Unsere Aufgabe ist es, dass die Annexion niemals legalisiert wird."

Die deutsche Seite war durch den Wirtschaftsminister Peter Altmaier vertreten. Deutschland habe und werde die illegale Annexion der Krim durch Russland nicht anerkennen, sagte Altmaier in seiner Rede auf dem Eröffnungsgipfel. Die Annexion habe ein riesiges Problem in der Region geschaffen, weshalb die Europäische Union mehrmals Sanktionen verhängt und verlängert hat. Er betonte, dass die Annexion der Krim einen Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit darstelle.

"Wir sehen die Bedrohungen, die dies insbesondere für die Krimtataren und andere Einwohner mit sich bringt. Wir werden nicht zulassen, dass die Krim zu einem blinden Fleck auf der Karte wird. Wir sind voll und ganz bei der Ukraine und mit ihr, und gemeinsam verurteilen wir diese Annexion, fordern neue Verhandlungen, die Erneuerung der Staatsgrenzen."

Der deutsche Wirtschaftsminister drückte seine Hoffnung auf weitere Bemühungen um eine

Zusammenarbeit mit der Ukraine im Rahmen der Dekarbonisierung, der Bekämpfung des Klimawandels, der Energieeffizienz und der Gewährleistung einer zuverlässigen Energieversorgung aus. "Wir möchten bekannt geben, dass der Gastransit durch die Ukraine nach 2024 fortgesetzt wird", fügte Altmaier hinzu.

"Wir wollen Russland in die Schranken weisen, und wir wollen ein Ende des Konflikts in der Ostukraine und der Annexion der Krim", sagte die Vertreterin der USA, die Energieministerin Jennifer Granholm. In Kiew trifft sie sich mit Peter Altmaier und ihrem ukrainischen Kollegen, um die Situation mit der Pipeline Nord Stream 2 und dem Gas-Transit durch die Ukraine zu besprechen.

Ukrainische Medien weisen darauf hin, dass die Schlüsselstaaten des Westens USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland keine Fachminister für internationale Diplomatie zur Krim-Plattform geschickt haben. Am Sonntag teilte so etwa die Bundeskanzlerin Angela Merkel bei ihrer gemeinsamen Presse-Konferenz mit Wladimir Selenskij in Kiew mit, dass Außenminister Heiko Maas aufgrund der Ereignisse in Afghanistan nicht anreisen könne. Das ukrainische Nachrichtenportal strana.ua berichtet, dass alle Forum-Teilnehmer einen dreiminütigen Kurzauftritt am Runden Tisch des Forums absolvierten. "Es gab viele gleichlautende, allgemein gehaltene Statements". Der ungarische Staatspräsident János Áder trat dabei durch seine kritischen Äußerungen gegenüber der Ukraine hervor.

János Áder sagte, dass "einzelne Länder versucht haben, das Erlernen der ungarischen Sprache einzuschränken". "Wer ihre Sprache lernt, dem droht eine Geldstrafe. Dies steht im Widerspruch zu den Idealen der Demokratie und ehrt die Titularnationen nicht", sagte er im Hinblick auf das ukrainische Bildungsgesetz, das die Abschaffung des Unterrichts in Sprachen der Minderheiten vorsieht. "Wir hoffen, dass die Ukraine allen ihren Bürgern eine sichere Zukunft bieten kann und dass sich die Ungarn in der Ukraine zu Hause fühlen können", so der ungarische Präsident. Am Ende seiner Rede rief Áder die Ukrainer zu mehr Geduld auf, um die Frage nicht nur der Krim, sondern auch des Donbass auf friedliche Weise zu lösen.

Die Russische Föderation hat diese "Krim-Plattform" bereits im Vorfeld als Angriff auf Russlands territoriale Unversehrtheit verurteilt. "Wir lehnen solche Aussagen über die russische Region Krim kategorisch ab. In dieser Hinsicht ist unsere Haltung absolut eindeutig – es handelt sich um eine antirussische Veranstaltung", sagte der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Montag.

Zuvor hatte auch der russische Außenminister Sergei Lawrow den Gipfel als einen "Hexensabbat" bezeichnet. "In einer Woche wird ein weiterer Hexensabbat, die 'Krim-Plattform', stattfinden, bei dem der Westen weiterhin als Förderer der neonazistischen und rassistischen Gesinnung der modernen ukrainischen Behörden auftreten wird, sagte der Minister am 12. August bei einem informellen Treffen auf der Halbinsel Krim. Der russische Präsident Wladimir Putin hatte bereits im Juli in einem Interview das ukrainische Stammvölker-Gesetz als zutiefst nationalistisch kritisiert.

Als "beschämend" bezeichnete Lawrow die Haltung des Westens zur Ukraine. Der habe den Staatsstreich in Kiew unterstützt, wonach dann Anschuldigungen wegen der angeblichen Annexion der Krim gegen Moskau erhoben worden seien. "Seitdem sehen Sie, was mit der russischen Sprache in der Ukraine geschieht, wie sie auf jede Weise versuchen, die freie Willensäußerung der Menschen auf der Krim zu beleidigen", fügte er im Hinblick auf die in der Ukraine nunmehr gesetzlich festgeschriebene Verbannung des Russischen aus dem Bildungssystem, der Öffentlichkeit und den Medien und im Hinblick auf das Krim-Referendum der dortigen Bewohner am 16. März 2014 hinzu.

Am Montag beschloss die Werchowna Rada einstimmig einen Appell der Ukraine an die Vereinten Nationen, die Parlamentarische Versammlung des Europarats, die Parlamentarische Versammlung der OSZE und an mehrere weitere internationale Organisationen und ausländische Parlamente "Zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der

Krim-Plattform zur Bekämpfung der Aggression der Russischen Föderation". Kritische Beobachter bewerten diese Krim-Plattform jedoch als nutzlos. So bezeichnete der ukrainische Journalist und Chef einer politischen Partei Anatoli Scharij das laufende Forum als "Mini-UNO-Treffen", obwohl das Ergebnis seiner Meinung nach ein klassisches "viel Lärm um nichts" sein werde.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6123b762b480cc095d521f29.JPG>

de.rt.com: **Putins Eröffnungsrede bei "Armee-2021": Viele russische Waffen weltweit einzigartig**

Bei der Eröffnung des internationalen Forums "Armee-2021" hat der russische Präsident Wladimir Putin erklärt, viele russische Waffen seien weltweit einzigartig. Der Anteil moderner Ausrüstung bei den strategischen Nuklearstreitkräften liegt Putin zufolge bei über 80 Prozent.

Am Montag hat der russische Präsident Wladimir Putin das internationale militärisch-technische Forum "Armee-2021" und die internationalen Armeespiele eröffnet. In seiner Rede wünschte der russische Staatschef den Teilnehmern und Gästen eine produktive Arbeit, den Mannschaften viel Erfolg bei den Wettbewerben und den Zuschauern viele Eindrücke. Außerdem betonte Putin, viele russische Waffen seien durch ihre taktischen und technischen Eigenschaften weltweit einzigartig. Die Ausstellung beim Forum bestätige dies anschaulich: "Russland kann stolz sein und seinen Verbündeten und Partnern etwas bieten. Unsere Armee und Marine modernisieren aktiv und erhalten Waffen und Ausrüstung der neuesten Generationen."

Dem Präsidenten zufolge baut Russland seine Streitkräfte auf einer modernen technologischen Grundlage aus und legt in diesem Bereich großen Wert auf wissenschaftliche Forschungsprogramme. In Bezug auf die Entwicklung der strategischen Nuklearstreitkräfte sagte Putin:

"Der Anteil moderner Ausrüstung bei den strategischen Nuklearstreitkräften liegt bereits bei über 80 Prozent. Dies ist höher als in anderen Nuklearländern der Welt."

Anschließend weihte der russische Staatschef den Bau von zwei neuen Kriegsschiffen und vier U-Booten einschließlich zweier Raketenträger für die russischen Seestreitkräfte ein. Das internationale militärisch-technische Forum "Armee-2021" wird in Russland zwischen dem 22. und dem 28. August unter der Leitung des russischen Verteidigungsministeriums durchgeführt. Im Rahmen des Forums findet ein militärischer Wettbewerb statt, die Armeespiele.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6123c40448fbef150306a8df.jpg>

vormittags:

de.rt.com: **S-400: Russland und die Türkei stehen kurz vor Unterzeichnung eines neuen Deals**

Russland und die Türkei sind offenbar dabei, einen Deal über die Lieferung zusätzlicher S-400-Systeme abzuschließen. Ankara erhielt die ersten Lieferungen des russischen Raketenabwehrsystems im Juli 2019. Die USA sind strikt gegen den Kauf und drohen permanent mit Sanktionen.

Russland und die Türkei befinden sich in der Endphase der Verhandlungen über die Lieferung zusätzlicher S-400-Abwehrsysteme an Ankara, berichtet die Nachrichtenagentur TASS.

Ein neuer Vertrag mit der Türkei über die Lieferung des in Russland hergestellten Mittel- bis Langstrecken-Flugabwehrraketensystems S-400 könnte bald unterzeichnet werden, sagte die Führungskraft des russischen staatlichen Waffenexporteurs Rosoboronexport (Teil des staatlichen Technologiekonzerns Rostec) Alexander Michejew am Montag.

In seiner Rede auf dem internationalen militärtechnischen Forum "Armee-2021" am Montag bestätigte Michejew, dass "die Konsultationen fortgesetzt werden und sich in der Endphase befinden. Wir werden bald damit beginnen, einen Vertrag mit unseren Partnern zu vereinbaren."

Moskau und Ankara hatten 2017 eine Vereinbarung über die Lieferung des S-400 an die Türkei unterzeichnet. Der Vertrag machte die Türkei zum ersten NATO-Mitglied, das das russische Luftverteidigungssystem kaufte. Die ersten Lieferungen des russischen Raketenabwehrsystems S-400 kamen im Juli 2019 in der Türkei an. Die USA sind strikt gegen den Kauf durch ihren NATO-Partner und drohen permanent mit Sanktionen.

Washington behauptet, dass das russische S-400 nicht mit der NATO-Ausrüstung kompatibel seien. Demnach gefährdeten sie die Sicherheit der Technologien des Bündnisses und seien mit den Verpflichtungen der Türkei als NATO-Verbündeter der USA unvereinbar. Ankara besteht dennoch darauf, dass das S-400 nicht in die NATO-Systeme integriert werde und insofern keine Bedrohung für das Bündnis darstelle. Seit dem Kauf des S-400 verlangt die Türkei, dass die Nationalstaaten innerhalb der NATO in der Rüstungsbeschaffung autonom handeln dürften. Wegen des Einsatzes des russischen Raketenabwehrsystems verhängten die USA bereits Sanktionen gegen den NATO-Bündnispartner Türkei.

Das S-400 ist das neueste Langstrecken-Boden-Luft-Raketensystem und wurde 2007 im Betrieb genommen. Das Abwehrsystem wurde entwickelt, um Flugzeuge, Marschflugkörper und ballistische Raketen abzuwehren, und kann auch gegen Bodeninstallationen eingesetzt werden. Das S-400 ist in der Lage, Ziele in einer Entfernung von bis zu 400 Kilometer und in

einer Höhe von bis zu 30 Kilometer unter intensivem feindlichem Beschuss zu identifizieren und anzugreifen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6123a36cb480cc7b8505a95d.JPG>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 23. August 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: **Nach Brandballon-Attacke: Israel greift Hamas-Ziele in Gaza an**

Als Reaktion auf den Start von Brandballons auf israelisches Territorium hat die israelische Luftwaffe mehrere Ziele der militanten palästinensischen Bewegung Hamas im Gazastreifen angegriffen. Das teilte der Pressedienst der israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) am Dienstag auf Twitter mit.

„Als Reaktion auf die erneuten Angriffe der Hamas haben wir kürzlich eine Werkstätte zur Waffenproduktion, einen Raketenstartplatz und einen Tunnelleingang in Gaza angegriffen“, heißt es.

Israel werde laut dem Militär auch weiterhin entschieden gegen alle terroristischen Aktivitäten aus Gaza vorgehen.

Nach israelischen Medienberichten brachen am Montag in den an den Gazastreifen angrenzenden Kreisen mindestens neun Brände aus, die durch vom Gazastreifen aus gestartete Brandballons verursacht worden sein sollen.

Im Mai hatten sich Israel und militante Palästinenser einen elftägigen bewaffneten Konflikt geliefert, bei dem in Israel nach offiziellen Angaben 13 Menschen getötet wurden, im Gazastreifen starben nach Angaben des Gesundheitsministeriums 255 Menschen. Die EU, Israel und die USA stufen die Hamas als Terrororganisation ein.

Israel hatte 2007 eine Blockade des Gazastreifens verschärft, die inzwischen von Ägypten mitgetragen wird. Beide Länder begründen die Maßnahme mit Sicherheitsinteressen.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/0a/2045585_0:66:3407:1982_1920x0_80_0_0_85d5166561dff6814e8c9648f1a7c9a.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 23. August 3:00 Uhr bis 24. August 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft **Wesjoloje**.

Die Versuche der DVR, im GZKK den Koordinationsmechanismus zur operativen Herstellung von Ruhe zur Verletzung des Regimes der Feuereinstellung einzusetzen wurden von der ukrainischen Seite im GZKK ignoriert. Auf unsere Anfragen kam unverändert die Antwort: Wir bestätigen den Beschuss nicht, wir halten das Regime der Feuereinstellung ein. Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 6.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

de.rt.com: Zu viel getwittert? KSK-Helikopter können nicht bei Evakuierung aus Kabul helfen

Mit Helikoptern des KSK sollten Schutzbedürftige in der Stadt Kabul zum Flughafen gebracht werden. Nun wird das dem Spezialeinsatzkommando zu heikel. Die Bundeswehr hatte die Aktion per Twitter angekündigt – die Taliban wissen Bescheid.

Der zivile Flugverkehr der afghanischen Hauptstadt Kabul ist eingestellt – und das Flughafenpersonal ist geflüchtet. Außen kontrollieren die Taliban, innen die US-Soldaten. Auf den Start- und Landebahnen verkehren nur noch militärisch kontrollierte Evakuierungsflugzeuge. An Bord sind ausländische Staatsangehörige, die sich in Afghanistan aufhielten, und solche, die als afghanische Ortskräfte gelten und ehemals Ausländer bei ihren militärischen, diplomatischen und humanitären Missionen im Land unterstützten.

Am Montag meldete die Bundeswehr ein Feuergefecht am Eingang des Flughafens. Es soll sich zwischen afghanischen Sicherheitskräften und unbekanntem Angreifern zugetragen haben. Schließlich waren auch Soldaten der USA und der Bundeswehr beteiligt. Eine afghanische Sicherheitskraft wurde getötet.

Angesichts der chaotischen Zustände am Flughafen von Kabul flog die Bundeswehr zwei

Hubschrauber vom Typ Airbus H145M LUH SOF des KSK (Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr) nach Kabul. Diese sollten helfen, Schutzsuchende sicher zum Flughafen zu bringen. Ein Bundeswehr-Offizier teilte nun dem Focus mit, der Einsatz der eigens nach Kabul gebrachten Helikopter sei mittlerweile zu gefährlich. Denn die Gruppe der militant-islamistischen Taliban wüsste nun von den Helikoptern. Geheim war die Mission durch die Ankündigung der Bundeswehr in den sozialen Netzwerken ohnehin nicht mehr. Dort hatte die Bundeswehr selbst diesen Einsatz mit Bildern der Helikopter angekündigt.

Der nicht namentlich genannte Offizier kommentiert das gegenüber dem Focus:

"Es war fatal, die Beladung der Transportmaschinen von der Bundeswehr selbst filmen zu lassen. Diese Aufnahmen sind jetzt auf allen Plattformen im Internet zu sehen. Die neue Generation der Taliban ist clever und wertet jede Nachricht aus."

Mehrere Personen sollen von den Spezialkräften nun zu Fuß zum Flughafen gebracht worden sein. In mehr als 20 Flügen wurden von Deutschland mittlerweile über 2.700 Menschen ausgeflogen. Von Afghanistan aus heben die Flugzeuge zunächst nach Taschkent ab. Unter den bereits evakuierten Personen sollen sich auch drei bereits straffällig gewordene Afghanen befinden, die Deutschland früher abgeschoben hatte. Ihre damaligen Asylanträge waren wegen Vergewaltigung und Rauschgifthandel abgelehnt worden. Deutschland hat aber mittlerweile alle Abschiebungen angesichts der schwierigen Sicherheitslage in Afghanistan bis auf weiteres ausgesetzt. Österreich hatte unlängst erklärt, keine Flüchtlinge aus Afghanistan aufnehmen zu wollen.

Donald Trump hatte noch als US-Präsident einen Friedensvertrag mit den Taliban geschlossen, welchen sein Nachfolger Joe Biden umsetzte und den Truppenabzug des US-Militärs und deren Alliierten besiegelte. Der Ansturm auf den Flughafen in Kabul hält weiter an, denn viele Afghanen fürchten, dass die Evakuierungen bald eingestellt werden könnten und sie dann der Rache der Taliban ausgeliefert sein werden. US-Präsident Biden will den Einsatz der US-Truppen am 31. August endgültig beendet sehen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6123c73a48fbef153b3aab12.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 24. August um 9:00 Uhr 8299 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 6655 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 803 Todesfälle.

de.rt.com: Ukraine: Selenskij verhängt Sanktionen gegen eine Reihe von russischen Medien

Der ukrainische Staatschef Wladimir Selenskij verhängt Sanktionen gegen das russische Telekommunikationsunternehmen Rostelekom und eine Reihe von russischen Medien und Unternehmen. Moskau nennt den Schritt einen Angriff auf die Meinungsfreiheit in der

Ukraine.

Durch die Unterzeichnung eines Dekrets des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine hat Präsident Wladimir Selenskij am Montag Sanktionen gegen eine Reihe von russischen Medien einschließlich der Zeitung Moskowski Komsomolez verhängt. Außerdem unterliegen den Einschränkungsmaßnahmen einige in Russland registrierte Unternehmen, darunter eines der größten russischen Telekommunikationsunternehmen Rostelekom.

Unter Sanktionen steht sich jetzt auch der Abgeordnete der Werchowna Rada und Oppositionspolitiker Andrei Derkatsch. Derkatsch hatte eine Schlüsselrolle im Fall der Korruptions- und Geldwäschewürfe gegen Sohn des US-Präsidenten Joe Biden, Hunter Biden, wegen seiner Tätigkeit in der Ukraine gespielt.

Moskau verurteilte den Schritt des ukrainischen Staatschefs und nannte ihn einen Angriff auf die Meinungsfreiheit. Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte diesbezüglich:

"Dies ist ein weiterer Schritt in Richtung zur Drosselung jeglicher Informationsflüsse, die mit unserem Land und unseren Medien zu tun haben. Dies kann ein weiterer Schritt auf dem Weg sein, die Meinungsfreiheit in der Ukraine tatsächlich zu ersticken und alle anstößigen und unangenehmen Informationsströme loszuwerden."

Aus dem Pressedienst von Rostelekom hieß es in Bezug auf die ukrainischen Sanktionen, diese wirkten sich auf die Tätigkeit des Unternehmens nicht aus, weil es keine Abonnenten in der Ukraine habe. Rostelekom bietet Dienstleistungen im Bereich des Internetzugangs, des interaktiven Fernsehens, Mobilfunks und Telefonkommunikationen an.

Vor einigen Monaten hatten die ukrainischen Behörden die Fernsehsender 112 Ukraina, NewsOne und ZIK abgeschaltet, die dem Oppositionspolitiker Taras Kosak gehören. Gegen Kosak und den ukrainischen Oppositionsführer Wiktor Medwedtschuk wird wegen des Verdachts auf Landesverrat ermittelt. Die Politiker weisen die Vorwürfe zurück und bezeichnen die Anschuldigungen als politische Verfolgung.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6123f44eb480cc225c7fdc84.jpg>

Mzdnr.ru: Am 23. August wurden in der DVR 1246 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 520 positiv, bei 51 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

Am 24. August um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 54.348 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

6113 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 44.269 als gesund entlassen, es gibt 3966 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 227 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 94 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 172 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 2279 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 822 mit Sauerstoffunterstützung (+96

in den letzten 24 Stunden).

Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 2247 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19-Erkrankung durchgemacht hatten.

snews.de: **Nach Machtübernahme: Taliban planen mehrköpfige Regierung – Medien**

Die militant-islamistischen Taliban planen derweil nach der Machtübernahme, einflussreiche Mitglieder der Bewegung in den Rat aufzunehmen. Dieser soll demnach aus zwölf Personen bestehen und auf Integration setzen, indem er sowohl durch neue Mitglieder als auch die bisherigen repräsentiert wird. Darüber berichtet das Magazin „Foreign Policy“.

Laut der vertrauten Quelle des Blattes werden unter anderem die drei einflussreichsten und mächtigsten Personen im Rat vertreten sein: Mullah Abdul Ghani Baradar, Mitbegründer der Taliban-Bewegung, Mullah Mohammad Yaqoob, der Sohn des Gründers der Bewegung, sowie Khalil al-Rahman Haqqani, ein hochrangiges Mitglied der Terrorgruppe „Haqqani Network“.

Al-Rahman Haqqani ist demnach für einige Terroranschläge der letzten 20 Jahre verantwortlich und von den Vereinten Nationen und den Vereinigten Staaten auf die schwarze Liste gesetzt worden.

Zusammen repräsentieren die Männer eine der größten kriminellen und terroristischen Gruppierungen der Welt, so das Blatt.

Nach Angaben von „Foreign Policy“ wollen die Taliban weder das Amt des Präsidenten noch eines anderen alleinigen Machthabers in Afghanistan wiederherstellen, planen aber gleichzeitig, einigen Mitgliedern der bisherigen Regierung Sitze im neuen Rat anzubieten. So wollen die Taliban ein möglichst integratives Leitungsgremium schaffen, um die Chancen auf Anerkennung durch die internationale Gemeinschaft zu erhöhen.

Die Taliban sollen erklärt haben, dass sie keine Vergeltung gegen Unterstützer der vorherigen Regierung oder gegen Verfechter verfassungsrechtlich garantierter Rechte – einschließlich der Gleichberechtigung der Frauen, der Meinungsfreiheit und der Achtung der Menschenrechte – fordern werden.

Die Organisation verdient jedes Jahr Milliarden von Dollar mit der Produktion und dem Handel von Heroin und Metamphetamin sowie dem Schmuggel von Bergbauanlagen wie Marmor, Lithium und Edelsteinen.

Dramatische Lage in Afghanistan

Nachdem die USA und ihre Verbündeten den Truppenabzug aus Afghanistan angekündigt hatten, starteten die Taliban eine Großoffensive und eroberten den größten Teil des Territoriums Afghanistans.

Präsident Ghani war ins Ausland geflohen, kurz bevor die Taliban am 15. August den Präsidentenpalast in der Hauptstadt Kabul einnahmen. Später gestand Ghani in einer Facebook-Botschaft die Niederlage gegen die Taliban ein.

Das Außenministerium in Abu Dhabi teilte letzte Woche mit, dass sich Aschraf Ghani mit seiner Familie in den Vereinigten Arabischen Emiraten aufhalte. Ghani hat inzwischen in einer Videobotschaft versprochen, bald nach Afghanistan zurückzukehren.

Vizepräsident Amrullah Saleh erklärte, er sollte nun verfassungsgemäß zum Staatsoberhaupt ernannt werden und rief zum bewaffneten Widerstand auf.

Die Taliban haben den Krieg in Afghanistan für beendet erklärt. Mittlerweile haben die neuen Machthaber eine allgemeine Amnestie verkündet. Dennoch versuchen viele Afghanen, ihr Land nach Kräften zu verlassen.

Alle Grenzübergänge in Afghanistan sollen derzeit von den Taliban kontrolliert werden. Die Mitarbeiter der ausländischen Botschaften sowie afghanische Ortskräfte, die für Ausländer behilflich waren, werden über den einzigen Flughafen von Kabul evakuiert, der von den US-Soldaten und anderen Nato-Militärs gehalten wird.

Seit dem Start ihrer Evakuierungsaktion habe die Bundeswehr fast 3000 Menschen aus Kabul

ausgeflogen, teilte das Verteidigungsministerium am Montag mit. Darunter waren laut dem Auswärtigen Amt mehr als 1800 Afghanen.

Am Montag setzten die Taliban den 31. August als Endtermin für den Truppenabzug der US-Truppen aus Afghanistan an. Sollte diese „rote Linie“ nicht eingehalten werden, werde es als „Fortsetzung der Okkupation“ betrachtet. Auch eine Reaktion militärischer Art sei nicht ausgeschlossen, wie der Sprecher der Taliban, Suhail Shaheen, gestern gegenüber dem Sender „Sky News“ mitteilte.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/12/3268234_0:0:2753:1549_1920x0_80_0_0_c63131e2b02581c9d2243818284ef698.jpg

Wpered.su: „Nadeshda Donbassa“ brachte humanitäre Hilfe in ein Schulkinderheim

Am 23. August brachte die Leiterin der internationalen Abteilung der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ Nadeshda Retinskaja humanitäre Hilfe in das Donezker Schulkinderheim Nr. 1. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit. Die Bildungseinrichtung erhielt Kleidung, Schreibmaterial, Kinderspielzeug, Haushaltschemie und persönliche Hygienemittel. Die humanitäre Hilfe wurde von der DKP und „Nadeshda Donbassa“ gesammelt.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2021/08/Internat-1024x576.jpg>

de.rt.com: Russischer Botschafter bezeichnet deutsche Beteiligung an Krim-Plattform als Provokation

Der russische Botschafter kritisiert die Teilnahme der Bundesregierung an der diplomatischen Plattform zur "Rückholung der Krim". Sein ukrainischer Amtskollege sieht hingegen in der Unterstützung einen Persilschein, um in Berlin eine weitere diplomatische Offensive zu starten.

Am 23. August fand in der ukrainischen Hauptstadt Kiew eine groß angelegte internationale Veranstaltung "Krim-Plattform" statt. Ziel des Forums soll nach Angaben der Gastgeber die "Rückholung der Krim" auf diplomatischem Wege sein. An der Veranstaltung hat auch der deutsche Wirtschaftsminister Peter Altmaier teilgenommen. Bei der Eröffnungsfeier sagte er: "Wir werden nicht zulassen, dass die Krim zu einem blinden Fleck auf der Karte wird. Wir sind voll und ganz bei der Ukraine und mit ihr, und gemeinsam verurteilen wir diese Annexion, fordern neue Verhandlungen, die Erneuerung der Staatsgrenzen."

Der russische Botschafter in Deutschland Sergei Netschajew wies die Vorwürfe einer völkerrechtswidrigen Annexion zurück. Deutschen Medien erklärte er:

"Die Zugehörigkeit der Krim wurde 2014 endgültig geklärt, als die Menschen auf der Halbinsel den Staatsstreich in der Ukraine nicht akzeptierten, von ihrem in der UN-Charta verankerten Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machten und sich in einer friedlichen und demokratischen Abstimmung für die Wiedervereinigung mit der Russischen Föderation aussprachen."

"Keine Plattformen werden sie davon überzeugen, diese Entscheidung zurückzunehmen, oder das Rad der Geschichte zurückdrehen."

Netschajew wies auf jüngste Umfrageergebnisse hin, wonach 93 Prozent der Einwohner der Krim die Wiedervereinigung der Halbinsel mit Russland auch im Nachhinein positiv bewerteten.

"Dass man die provokative Veranstaltung Kiews, die wir als direkten Angriff auf Russlands territoriale Integrität betrachten, unterstützen will, ist zutiefst bedauerlich. Für bilaterale Beziehungen ist es nur eine zusätzliche Belastung", sagte der russische Botschafter im Hinblick auf deutsche Beteiligung an diesem diplomatischen Format.

Andrei Melnyk, der ukrainische Botschafter in Deutschland, hat dagegen das Gipfeltreffen als einen "historischen Durchbruch" bezeichnet. In einem Kommentar für ukrainische Medien zeigte er sich zuversichtlich, dass Russland die Halbinsel freiwillig zurückgeben werde.

Laut Melnyk hätten bis vor kurzem nur wenige Menschen geglaubt, dass die Krim-Plattform dazu beitragen würde, dieses Thema auf eine so hohe politische Ebene zu bringen, an der so viele Länder beteiligt sind. Unter den 46 Teilnehmern waren auch Vertreter der Europäischen Union (EU) und der NATO anwesend. Zwölf Staatsoberhäupter erschienen persönlich, darunter die der baltischen Staaten und Polens.

Der Botschafter nannte die Plattform "ohne Übertreibung einen echten historischen Durchbruch" und einen "schicken Start", der es ermöglichen werde, das Thema Krim auch in Berlin auf eine ganz andere Art und Weise voranzutreiben. Melnyk stellte fest, dass viele Bürger, Experten und Politiker zuvor sehr skeptisch gewesen seien, was die Chancen auf eine Rückgabe der Krim angeht.

Der heutige Tag habe für Zuversicht gesorgt, dass Russland die Krim am Ende dieses Prozesses freiwillig zurückgeben werde, "der Prozess könne sich aber hinziehen und mehrere Jahre dauern". Melnyk erklärte:

"Russland wird die Halbinsel freiwillig zurückgeben, bei vielen werden die Zweifel nach dem heutigen Tag verschwinden."

Außerdem, so Melnyk, werde die diplomatische Unterstützung unabhängig von der neuen Regierung in Deutschland nicht gekürzt, sondern aufgestockt: "Dafür kann ich meine Hand ins Feuer legen", erklärte er.

Melnyk pflegt einen offensiven diplomatischen Stil und tadelt regelmäßig deutsche Politiker, wenn diese seiner Meinung nach Schwäche gegenüber russischen Positionen zeigen. So warf er Politikern der Partei Die Linke aber auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mehrfach Geschichtsklitterung vor. Im April drohte er mit einer atomaren Aufrüstung der Ukraine, falls diese kein NATO-Mitglied werde. Er sagte dem Deutschlandfunk:

"Entweder sind wir Teil eines Bündnisses wie der NATO und tragen auch dazu bei, dass dieses Europa stärker wird, oder wir haben eine einzige Option, dann selbst aufzurüsten."



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6123cbbf48fbef1521743b5d.JPG>

nachmittags:

de.rt.com: Maas: Evakuierung aller Bundesbürger und afghanischen "Ortskräfte" nicht möglich – Zeit zu knapp

Nicht alle noch in Afghanistan befindlichen Menschen aus westlichen Ländern sowie Afghanen, die die westlichen Missionen unterstützten, können bis zum 31. August ausgeflogen werden. Das sagt Bundesaußenminister Heiko Maas bei Bild live. Zahlreiche westliche Politiker sehen das genauso.

Die Zeit bis Ende August wird nicht reichen, um alle in Afghanistan verbliebenen Bundesbürger und Afghanen, die für bundesdeutsche Institutionen gearbeitet hatten, rechtzeitig auszufliegen. Das hat Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) dem TV-Sender Bild live am Dienstag erklärt.

Maas sagte dem Sender zufolge:

"Wir werden in den verbleibenden Tagen dieser militärischen Evakuierungsaktion nicht alle aus Afghanistan rausbekommen können. Das gebietet die Ehrlichkeit, das zu sagen."

Die Bundesregierung stehe mit etwa 100 Bundesbürgern und deren Familien in Kontakt, die sich in dem Land noch aufhalten. Es werde versucht, sie "einigermaßen sicher an den Flughafen zu bringen, um sie dann auf eine unserer Maschinen zu verteilen".

Laut dem Außenminister benötigt niemand von den Betroffenen ein Visum oder eine Sicherheitsüberprüfung, um in die Bundesrepublik ausgeflogen zu werden. Maas sagte dem Sender außerdem, dass die USA die Evakuierungsaktion bis zum 31. August fortsetzen wollen. In Washington werde derzeit diskutiert, die Frist zu verlängern. Es sei schwierig abzuwägen, wie lange die Sicherheit der Menschen vor Ort noch gewährleistet werden kann.

Geheimes Gespräch CIA-Taliban

Die Zeit werde aber nicht reichen, so der Außenminister: "Und deshalb haben wir zusammen mit den USA und Großbritannien jetzt begonnen, Überlegungen anzustellen, wie auch nach der militärischen Evakuierung Leute aus Afghanistan herausgebracht werden können." Denn auch nach der militärischen Evakuierung müssten Menschen aus Afghanistan herausgebracht werden. Dafür müsse auch mit den Taliban verhandelt werden.

Maas gestand gegenüber dem Sender erneut ein, dass die Lage am Hindukusch falsch eingeschätzt worden war. Die Bundesregierung habe nicht damit gerechnet, dass Kabul so schnell von den Taliban eingenommen wird. Bislang seien 351 Bundesbürger mit ihren Familien ausgeflogen worden. Weitere 100 Deutsche würden in den kommenden Tagen folgen.

Unterdessen meldet die Washington Post, dass sich CIA-Chef William Burns geheim mit der

Taliban-Führung getroffen habe. Während die westlichen Streitkräfte versuchen, so viele Menschen wie möglich vor dem letzten Augusttag auszufliegen, steige der Druck, mehr Zeit für die Luftbrücke aus Kabul auszuhandeln.

Die Länder, die in den letzten zehn Tagen rund 50.000 Menschen evakuiert haben, versuchen derzeit, die mit den Taliban vereinbarte Frist für den Abzug der ausländischen Truppen einzuhalten, so ein NATO-Diplomat gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters. US-Politiker wie Adam Schiff von den Demokraten, Vorsitzender des Geheimdienstsausschusses des Repräsentantenhauses, bezweifeln laut der israelischen Zeitung Haaretz, dass die Zeit ausreicht.

31. August als "rote Linie"

Berichten zufolge erklärte ein Taliban-Vertreter am Montag, dass die Frist nicht verlängert werde. Die ausländischen Militärs hätten auch nicht darum gebeten. Das Datum 31. August markiere eine "rote Linie".

Unterdessen hat der britische Verteidigungsminister Ben Wallace eine Fristverlängerung als "unwahrscheinlich" bezeichnet. Dem Sender Sky News sagte er: "Nicht nur wegen der Äußerungen der Taliban, sondern auch wegen der öffentlichen Erklärungen von Präsident Biden halte ich es für unwahrscheinlich." Die herannahende Frist erhöhe die Sicherheitsrisiken.

Wallace meinte, "dass nicht alle aus Afghanistan herauskommen werden". Aus seiner Sicht hängt das Schicksal der Evakuierungsmission nach dem 31. August vor allem von Washington und der aufständischen Gruppe ab: "Die beiden Personen mit der lautesten Stimme im Raum sind die USA und die Taliban."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.08/article/6124d1ee48fbef152f57038b.jpg>

snanews.de: UN-Hochkommissarin will Überwachungsmechanismus für Menschenrechtsslage in Afghanistan

Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet hat die Taliban-Bewegung aufgefordert, deren Verpflichtungen zur Achtung von Rechten der Frauen sowie ethnischer und religiöser Minderheiten nachzukommen. Sie ruft den UN-Menschenrechtsrat dazu auf, einen Mechanismus zur Überwachung der Menschenrechtsslage in Afghanistan einzurichten. In den letzten Wochen habe ihr Büro „erschütternde und glaubwürdige Berichte“ über die Auswirkungen erhalten, in denen Verletzungen des humanitären Völkerrechts sowie Menschenrechtsverletzungen und -missbrauch durch die Konfliktparteien für die Zivilbevölkerung geschildert wurden, sagte Bachelet am Dienstag bei einer Sondersitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf zur Lage in Afghanistan.

Unter anderem gebe es auch Berichte über „ernsthafte Verstöße“ in den Gebieten, die von den Taliban kontrolliert würden.

„Dazu gehören unter anderem Massenhinrichtungen von Zivilisten und Angehörigen der

Afghanischen Nationalen Sicherheitskräfte“, sagte die UN-Hochkommissarin. Die Vereinten Nationen würden davon ausgehen, dass eine „beträchtliche Anzahl“ von Flüchtlingen aus Afghanistan in die Nachbarländer oder auch in andere Staaten fliehen werde.

Bachelet fordert Taliban zu Achtung von Frauenrechten auf

Die Menschenrechtskommissarin forderte die Taliban-Bewegung nachdrücklich auf, „Normen der reaktionsfähigen Regierung und Menschenrechte zu akzeptieren und sich für die Versöhnung und Wiederherstellung des sozialen Zusammenhalts einzusetzen“. Dabei sollten die Rechte derjenigen geachtet werden, die während des jahrzehntelangen Konflikts gelitten hätten.

Sie verwies darauf, dass Sprecher der Taliban sich insbesondere verpflichtet hatten, das Recht der Frauen auf Arbeit und das Recht der Mädchen auf Schulbesuch im Rahmen der Taliban-Auslegung des islamischen Rechts zu respektieren. Außerdem hätten die Taliban versprochen, die Rechte von ethnischen und religiösen Minderheiten zu respektieren und auf Repressalien gegen diejenigen zu verzichten, die mit der Regierung oder der Weltgemeinschaft zusammengearbeitet hätten.

„Nun tragen die Taliban die volle Verantwortung für die Umsetzung dieser Verpflichtungen in die Tat“, betonte Bachelet.

Sie forderte zudem den UN-Menschenrechtsrat auf, „mutige und energische“ Maßnahmen zu ergreifen und einen speziellen Mechanismus zur Überwachung der Menschenrechtslage in Afghanistan zu schaffen – „vor allem, was die Umsetzung der Versprechen der Taliban angeht, mit dem Schwerpunkt auf der Prävention“, äußerte sie.

Der UN-Menschenrechtsrat beschäftigt sich regelmäßig mit der Menschenrechtslage in aller Welt und beruft bei Bedarf Sondersitzungen ein. Er kann eine Resolution verabschieden oder Untersuchungskommissionen einrichten. Der Rat besteht aus 47 Ländern, die von der UN-Generalversammlung für jeweils drei Jahre bestimmt werden. Darunter ist zurzeit auch Deutschland.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/08/18/3345796_0:0:3017:1697_1920x0_80_0_0_fb84c5bf0fa21076783568a8fcc26745.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 24.08.2021**
In den letzten 24 Stunden wurden zwei Verletzungen des zweiten Punkts des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt, davon war ein Verstoß eine Feuerprovokation. In **Richtung Donezk** haben Kämpfer aus der 58. Brigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Wesjoloje** mit 120mm-Mörsern beschossen und sechs Mörsergeschosse abgefeuert.

Außerdem haben unsere Beobachter die **Durchführung technischer Arbeiten** auf den Positionen der 58. Panzergrenadierbrigade im Bereich des Donezker Flughafens festgestellt. Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis

gegeben, um rechtzeitig Maßnahmen gegen die an der Verletzung des Waffenstillstands Schuldigen zu ergreifen und um Fälschungen von Daten über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Die Verteidiger der Republik beobachten weiter den Gegner, halten streng das Regime der Feueinstellung ein und sind in Bereitschaft, adäquat auf Befehls des Kommandos auf Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.

Heute feiert die Ukraine den sogenannten „Unabhängigkeitstag“ und in diesem Zusammenhang erwarten wir Feuerprovokationen gegen die Einheiten der Volksmiliz sowie eine Verstärkung des Beschusses auf die Zivilbevölkerung und Infrastrukturobjekte. Es wurde festgestellt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen vier Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 93. mechanisierten Brigade:

ein Abwehrkomplex „Tunguska“ in der Nähe von Wohnhäusern in Starognatowka; drei Abwehrgeschütze „Osa“ in einem Wohngebiet von Kasjanoka.

Aus dem Bestand der 25. Luftlandebrigade:

ein Abwehrgeschütz „Strela-10“ in einem Wohngebiet von Berdytschi.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE-Mission. So hat der Gegner, um die Erfassung von Verstößen von Seiten der 30., 93. und 128. Brigade zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle während der Flüge von Drohnen der OSZE-Mission in den Gebieten von Mironowskij, Nowogrigorwka, Granitnoje und Pischtschewik zu blockieren.

Außerdem haben Kämpfer des Brigadekommandeurs Brishinskij das Feuer mit Schusswaffen auf eine Drohne der OSZE-Mission während eines Beobachtungsflugs über den Positionen der 93. Brigade eröffnet. Die Beobachter der Mission mussten aufgrund der Gefahr des Verlustes von teurer Ausrüstung das Beobachtungsgebiet verlassen, wo sich nach unseren Informationen am Rand der Ortschaft fünf Stück verbotene Waffen befinden.

Uns wurden **Einzelheiten eines Vorfalls in der 28. mechanisierten Brigade** bekannt. Wie wir zuvor berichteten, erschoss der Soldat Simonenko am 22. August auf den Positionen des 3. Bataillons der 28. Brigade im Gebiet von Marjinka den stellvertretenden Zugführer. Infolge seiner Verletzungen starb Leutnant Ju. Michajow, ein Absolvent der Sagajdatschnij-Akademie der Bodentruppen, an Ort und Stelle.

Wir, die wir angenommen hatten, stellte das zynische und prinzipienlose Kommando der ukrainischen Streitkräfte dennoch den Tod des jungen Offiziers als Ergebnis von Beschuss von Seiten unserer Verteidiger dar.

Ein weiteres Mal wenden wir uns an die Eltern der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte. Fordern Sie vom ukrainischen Kommando, damit aufzuhören, zynisch die Ursachen des Todes Ihrer Kinder vor Ihnen zu verheimlichen, den einfachen Soldaten und unteren Kommandeuren raten wir, von der Ausführung verbrecherischer Befehle der Kommandeure Abstand zu nehmen.

Der nicht zufriedenstellende Zustand der rückwärtigen Versorgung der Soldaten der 93. mechanisierten Brigade, insbesondere im 3. Bataillon, zwingt das Personal, massenhaft seine Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen und sich an die Hotline des Verteidigungsministeriums zu wenden.

Das zur Verzweiflung getriebene Personal verkauft militärisches Material und Munition, um möglichst bequeme Wohnbedingungen zu schaffen. Gestern haben Mitarbeiter des SBU ein Versteck mit 30 Mörsergeschossen des Kalibers 120mm, sieben F-1-Granaten und sechs Kisten mit Patronen im Gebiet von Starognatowka entdeckt.

Zu diesem Sachverhalt arbeiten Mitarbeiter der Militärstaatsanwaltschaft in den Einheiten der

Brigade.

Prügel, Verhöhnung, Geldabzüge sind zu gewöhnlichen Dingen in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte geworden. Um der harten Realität zu entgehen, konsumieren die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte massenhaft Drogen und Alkohol.

So haben drei Soldaten der 128. Brigade in der Folge eines weiteren Saufgelages mit Konsum von Drogen eigenmächtig ihre Positionen verlassen und sind aus der Einheit geflohen.

Zur Zeit führen Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes Fahndungsmaßnahmen durch.

snanews.de: **Corona-Impfstoff: Ungarn will Sputnik V ab 2022 selbst produzieren**

Das EU-Land Ungarn will laut seinem Außenminister Péter Szijjártó ab dem nächsten Jahr den russischen Corona-Impfstoff Sputnik V in Eigenproduktion herstellen. Dazu soll im Osten des Landes eine Produktionsstätte gebaut werden. Ein Teil der Erzeugnisse soll in den Export gehen.

Das Vakzin soll ab Ende 2022 in russischer Lizenz produziert werden, sagte Szijjártó am Dienstag auf einer Pressekonferenz mit seinem russischen Amtskollegen, Sergej Lawrow, in Budapest.

Dank Sputnik V sei Ungarn eine der erfolgreichsten Impfkampagnen Europas gelungen, lobte Szijjártó:

„Wir danken Russland, der russischen Regierung und insbesondere dem Herrn Außenminister für die Unterstützung.“

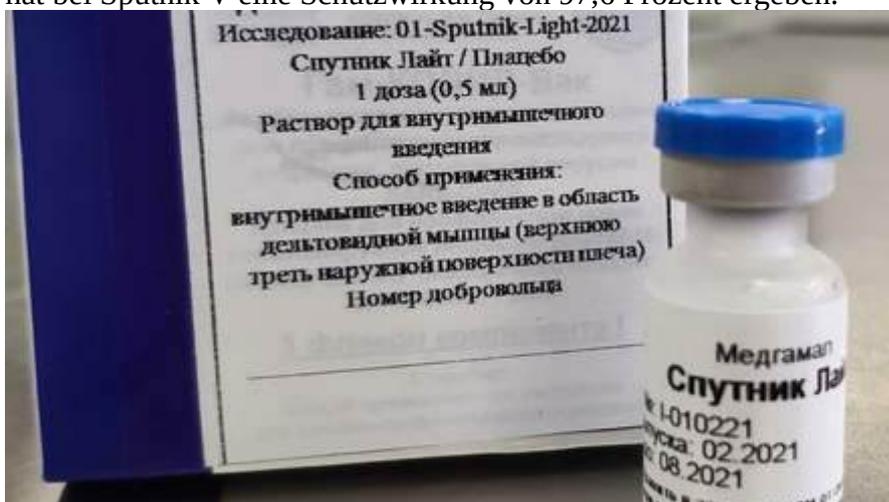
Nun wolle Ungarn in Debrecen im Osten des Landes ein Werk bauen, wo ab Ende 2022 die Sputnik-Produktion anlaufen solle.

Von der Eigenproduktion des Impfstoffes verspricht sich das mitteleuropäische Land zum einen mehr Sicherheit im Kampf gegen das Coronavirus und zum anderen finanzielle Profite. „Wir werden das Vakzin ins Ausland liefern können“, erklärte der Außenminister.

Ungarn hatte sich Anfang des Jahres Impfstoffe unter anderem aus Russland gesichert und konnte EU-weit beim Impftempo führend werden. Anfang Juni war in Ungarn Berichten zufolge die Hälfte der Bevölkerung mindestens einmal vakziniert.

Der Zwei-Komponenten-Impfstoff Sputnik V (amtlich: Gam-COVID-Vac) setzt auf zwei verschiedene Adenoviren (rAd26 und rAd5), um den genetischen Code für das Spike-Protein des Coronavirus in die menschlichen Zellen zu übertragen.

Das Vakzin wurde in Russland im August vergangenen Jahres registriert und ist mittlerweile in mehr als 60 Ländern mit insgesamt mehr als drei Milliarden Einwohnern zugelassen. Eine Auswertung der russischen Impfdaten im Zeitraum vom 5. Dezember 2020 bis 31. März 2021 hat bei Sputnik V eine Schutzwirkung von 97,6 Prozent ergeben.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/05/1f/2313338_0:889:2048:2041_1920x0_80_0_0_583c56cb24544a754fdd75f25bb81787.jpg

snanews.de: **Russland stärkt Auslandsbasis an Grenze zu Afghanistan mit Panzerabwehrsystemen**

Russland hat seine Militärbasis in Tadschikistan mit Panzerabwehrsystemen des Typs „Kornet“ aufgerüstet. Dies geht aus einer Mitteilung des Pressedienstes des zentralen Wehrbezirks hervor. Das zentralasiatische Land grenzt im Süden an Afghanistan. Demnach wurde eine Lieferung moderner Panzerabwehrraketensysteme „Kornet“ in der 201. Militärbasis der russischen Streitkräfte in den Dienst gestellt. Die neuen Waffensysteme sollen von den Artillerieeinheiten des russischen Verbandes betrieben werden.

Die Panzerabwehrlenkwaffe des Typs „Kornet“ ist für die Bekämpfung gegnerischer gepanzerter Fahrzeuge und Luftziele bestimmt, einschließlich Hubschrauber und Drohnen. Die Raketen werden auf ihre Ziele mit einem Laserstrahl gerichtet. Die maximale Reichweite macht 5,5 Kilometer aus, die minimale Reichweite beträgt 100 Meter.

Die 201. Militärbasis ist das größte russische Militärobjekt im Ausland. Sie ist zugleich in zwei tadschikischen Städten stationiert, in der Hauptstadt Tadschikistans, Duschanbe, und in Bochtar im Südwesten des Landes. Zu der 201. Militärbasis gehören motorisierte Infanterieeinheiten sowie Panzer- Artillerie-, Aufklärungs-, Flugabwehr-, ABC-Abwehr- und Fernmeldeeinheiten.

In der Zeit zwischen dem 5. und 10. August hatten Truppen von Russland, Tadschikistan und Usbekistan eine gemeinsame Militärübung durchgeführt. Bei dem Militärmanöver, an dem mehr als 2500 Soldaten teilgenommen haben sollen, seien unter anderem Kampfhandlungen zur Vernichtung von illegalen ausländischen bewaffneten Einheiten geübt worden, die laut der Gefechtseinlage die Grenze verletzt haben sollen, teilte der Pressedienst des Zentralen Wehrbezirks mit. Eine der Aufgaben sei die Bekämpfung von radikalen Terrorgruppen gewesen. Mehr als 500 Militärfahrzeuge und Waffensysteme seien dabei eingesetzt worden.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/08/18/3349361_0:0:3043:1713_1920x0_80_0_0_0af0765dc_a6e479ff31e2e3f419df903.jpg

snanews.de: **Lawrow reagiert auf Borrells Aussagen zur Lage in Afghanistan**

Der russische Außenminister Sergej Lawrow hat zu den Aussagen des EU-Außenbeauftragten, Josep Borrell, über die Lage in Afghanistan Stellung genommen. Zuvor hatte Borrell die EU davor gewarnt, die Kontrolle über die Situation in Afghanistan Russland und China zu überlassen.

„Was wir nicht tun können, ist, den Chinesen und den Russen die Kontrolle über die Situation zu überlassen“, sagte Borrell am Donnerstag. „Wir könnten irrelevant werden.“

„Es ist traurig, wenn solche Leute die außenpolitische EU-Linie entwickeln“, sagte Lawrow am Freitag auf einer Pressekonferenz nach Gesprächen mit seinem ungarischen Amtskollegen Peter Szijarto.

„Wenn der EU-Außenbeauftragte in solchen Kategorien denkt, dann tut es mir leid für die Mitgliedsstaaten, die gezwungen sind, eine solche Philosophie zu hören und sie anscheinend zu unterstützen“, unterstrich der russische Chefdiplomat in Bezug auf Borrells Äußerungen. Borrell mache sich falsche Sorgen: Man müsse vor allem gewährleisten, dass die Afghanen ihr Land so schnell wie möglich beruhigten, so Lawrow weiter.

„Diese Mentalität – man könne Afghanistan nicht an Russland und China übergeben – ist dieselbe Geschichte wie ‚entweder – oder‘: ‚Lassen wir die Länder beschließen, entweder sie sind mit dem Westen, oder sie sind mit Russland und China zusammen‘“, betonte Lawrow. Am Donnerstag hatte Borrell gesagt, die EU könne nicht zulassen, das China und Russland die Lage um Afghanistan kontrollieren würden. Er sagte weiter, dass jetzt die Zukunft Afghanistans besprochen werde sowie die mögliche Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, an der verschiedene politische Kräfte, darunter auch Vertreter der ehemaligen Regierung, teilnehmen können. ...



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/01/45847_0:191:2961:1857_1920x0_80_0_0_373e4d67dc144e1e9f308a5bf68d36d3.jpg